



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Z.: Preußens nationale Aufgabe und Oestreich.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Preußens nationale Aufgabe und Oestreich.

2.

In dem Aufsatz „Oestreich und die orientalische Frage“ *) haben wir den Gedanken durchzuführen gesucht, daß Oestreich, um im Orient eine wirkliche Rolle Rußland gegenüber zu spielen, auf das Bündniß, mindestens auf die wohlwollende Freundschaft der Mächte angewiesen ist, die an der betreffenden Frage selbst kein unmittelbares Interesse haben, deren Entwürfe sich aber auf anderem Gebiete mit denen Oestreichs kreuzen. Unter diesen Mächten steht in erster Linie Preußen, in zweiter Italien, dessen Verhältniß zu der hier behandelten Frage wir in einem andern Zusammenhange besprechen werden. Für den preußischen Staat hat die Gestaltung der Dinge im Orient nur eine mittelbare Bedeutung, d. h. es hat als Großmacht in dieser Angelegenheit Partei zu ergreifen, ohne jedoch durch seine Beziehungen zum Orient genöthigt zu sein, diese oder jene bestimmte Lösung der Frage zu erstreben; vielmehr wird es derselben nur deshalb näher zu treten haben, um sie zum Hebel für seine besondern Ziele zu benutzen. Diese Ziele können aber nur auf die Einigung Deutschlands gerichtet sein, zu der der erste und entscheidende Schritt ein kräftiges Ergreifen der schleswig-holsteinischen Angelegenheit im nationalen Sinne ist. Wir haben darauf hingewiesen, wie Oestreich in dieser Frage den Antrieben Preußens folgen muß; wir glauben hinzufügen zu können, daß es genöthigt sein wird, nicht nur seine Abneigung gegen Preußens Führerschaft, sondern auch gegen die nationale Auffassung der Frage, die nicht vor der Linie der Eider Halt macht, zu überwinden und so selbst die preußischen Bestrebungen zu fördern, vorausgesetzt jedoch, daß Preußen stark genug ist, Oestreichs Beistand nicht suchen zu müssen.

Die erste Bedingung zu einem erfolgreichen Fortschritt in dieser Richtung ist, daß wir vor einem Conflict mit dem Auslande nicht zurückzuweichen entschlossen sind. Denn die Gefahr einer auswärtigen Intervention tritt unmittelbar ein, sobald die Bestrebungen der deutschen Politik über das durch eine Bundesexekution in Betreff Holsteins zu erreichende Ziel hinausgehen, sobald die Verbindung Schleswigs mit Holstein als Forderung hingestellt wird. Sobald die Frage, allerdings sehr gegen die Wünsche Oestreichs, einen Charakter annimmt, der sie der Competenz des Bundestages entzieht, wird sie zu einer

*) Nr. 19.

europäischen, zwischen den Großmächte zu schlichtenden Frage. Durch die schleswigsche Frage wird Preußens Stellung in dem Zusammenhange der europäischen Politik bestimmt, demgemäß hat Preußen also auch zu der orientalischen Frage, als dem Mittelpunkt der europäischen Politik, seine Haltung von der Rücksicht auf die ihm im Norden der Elbe obliegende Aufgabe leiten zu lassen.

Es mag auffallend erscheinen, daß wir in einem Augenblick, wo Deutschland von einer ganz anderen Angelegenheit in fieberhafte Spannung und Aufregung versetzt wird, unsere Blicke auf Schleswig und den Orient richten. Wer indessen dem Gange der Begebenheiten aufmerksam gefolgt ist, wird in den polnischen Wirren nur eine Episode, eine gewaltsame Unterbrechung der regelmäßigen Entwicklung der europäischen Staatenverhältnisse erkennen. Ohne Zweifel ist die Möglichkeit gegeben, daß diese Episode, die sich um eine Frage von ursprünglich secundärer Bedeutung dreht, mit der ebenso erschütternden wie unberechenbaren Gewalt eines Erdbebens wirkt, daß sie eine völlige Umgestaltung der Machtverhältnisse herbeiführt und dadurch den Weg für ganz neue politische Combinationen eröffnet. Indessen sind dies doch eben nur entfernte Möglichkeiten, und wir glauben kaum, daß der geniale Herrscher, welcher rastlos bemüht scheint, die Bedeutung der Frage nach Möglichkeit zu steigern, selbst daran denkt, sie zu einer Umgestaltung des Welttheils auszunutzen, eben weil die natürliche Schwerkraft der Dinge einem derartigen Vorhaben entschieden widersteht. Es ist ferner der Umstand nicht unbeachtet zu lassen, daß Napoleons Auftreten in dieser Frage zunächst nur ein defensives, durch die Furcht vor einem Wiedererwachen der östlichen Alliance gebotenes ist, wie denn auch noch in der gegenwärtigen Phase des Conflictes sein Verhalten gegen Oestreich mehr aus dem Streben zu erklären ist, diesen Staat von einem Bündniß mit Rußland und Preußen zurückzuhalten, als denselben zu offensiven Zwecken auf seine Seite zu ziehen. Die letztere Absicht ist ihm deshalb nicht zuzutrauen, weil die Aussichten dazu zu gering sind, während ein Bündniß Oestreichs mit Preußen wahrscheinlich, vielleicht unvermeidlich sein würde, sobald die polnische Revolution räumlich über die bisher eingehaltenen Grenzen übergriffe, oder wenn sie ihren Charakter veränderte und jenem kosmopolitisch-nationalen Princip (der scheinbare Widerspruch des Ausdrucks liegt in der Sache) anheimfiele, das vor allen anderen Staaten Oestreich in seiner Existenz bedroht.

Indem wir also die Möglichkeit zugeben, daß die polnische Frage zum Heerde eines den Bestand des europäischen Staatensystems bedrohenden Erschütterungskreises werden könne, halten wir es doch jetzt noch, trotz mancher bedenklicher Anzeichen, für wahrscheinlicher, daß sie die Schranken diplomatischer Erörterungen nicht überschreiten werde, und daß, sobald sie zu einem definitiven oder vorläufigen Abschluß gelangt sein wird, die regelmäßigen Strömungen des Erdtheils um so kräftiger in ihr Bette zurückkehren und gegen einander

wirken werden. Das Schicksal Polens ist im vorigen Jahrhundert durch die Verwickelungen wegen der orientalischen Frage beschleunigt worden. Die Verwickelungen wegen Polen dürften dazu beitragen, die Lösung der orientalischen Frage zu reifen.

Wir haben schon gesehen, daß die Unterscheidung zwischen türkenfreundlichen und türkenfeindlichen Mächten nicht mehr so zutreffend ist, wie sie es noch in der durch Mehemed Ali herbeigeführten Krise des ottomanischen Reiches war, daß vielmehr alle Mächte sich auf den Augenblick vorbereiten, wo keine Kunst der Aerzte mehr im Stande ist den Zerfall des alternden Körpers länger aufzuhalten. Indessen wenn so auch das innere Verhältniß der alten Beschützer des osmanischen Reiches zu ihrem Schützlinge ein anderes geworden ist, so bleibt doch ihr Gegensatz gegen die begehrliehen Elemente des europäischen Staatensystems, Rußland und Frankreich, nach wie vor in seiner vollen Schärfe bestehen, da die Interessen einerseits Rußlands und Oestreichs, andererseits Frankreichs und Englands in allen den Orient betreffenden Fragen in dem Grade mit einander collidiren, daß eine Ausgleichung unmöglich scheint. Sobald Oestreich zu der Erkenntniß kommt, daß es die Türkei nicht länger gegen die Machinationen Rußlands zu schützen im Stande ist, kann es nur das eine Ziel verfolgen, die Donaufürstenthümer für sich zu erwerben, schon aus dem Grunde, weil dies das einzige Mittel ist, sie der russischen Herrschaft zu entziehen. Auch England hat wohlbegründete Ursache, das Vorschreiten Rußlands gegen Konstantinopel zu fürchten, mit viel größerem Mißtrauen aber noch hat es die Pläne Frankreichs zu überwachen, die auf nichts Anderes als auf die Beherrschung des mittelländischen Meeres gerichtet sind: Pläne, die für Englands Machtsstellung eine noch viel weiter reichende Bedeutung gewonnen haben, seit die Aussicht auf eine Verbindung des mittelländischen Meeres mit dem rothen Meere eröffnet ist. Während die Augen von ganz Europa auf Konstantinopel gerichtet sind, ist der specielle Angelpunkt der orientalischen Frage für England und Frankreich Alexandrien und die Landenge von Suez. Wie vorsorglich England sich rüstet, im Voraus jeden Erfolg Frankreichs in dieser Richtung zu neutralisiren, zeigt sich in der anscheinend harmlosen Besetzung der Insel Perim, die zugleich wieder einen glänzenden Beweis für den unvergleichlichen Scharfsinn der englischen Politik im Auspähen meerbeherrschender Stellungen bietet.

Demgemäß ist weder zwischen Rußland und Oestreich, noch zwischen England und Frankreich eine Verständigung möglich, wohl aber zwischen England und Oestreich. Eine Ausbreitung Oestreichs die Donau abwärts hat für Englands Interesse nichts Bedenkliches; Oestreich aber muß es geradezu erwünscht sein, die beiden großen Seemächte im Mittelmeer möglichst im Gleichgewicht zu erhalten. Ist nun eine Alliance Englands und Oestreichs durch die Ver-

hältnisse geboten, so scheint daraus zu folgen, daß andrerseits Rußland und Frankreich auf ein ebenso enges Gegenbündniß angewiesen sind. Und in der That dreht sich um die Eventualität dieses Bündnisses seit Jahren alle Furcht und Hoffnung der europäischen Diplomatie. Ja die öffentliche Meinung hat sich so daran gewöhnt, dasselbe als eine vollendete Thatfache anzusehen, daß die infolge der polnischen Angelegenheit zwischen beiden Mächten eingetretene Spannung nicht nur das Publicum überrascht, sondern auch vielfach die Berechnungen der Diplomatie durchkreuzt hat.

Es scheint, daß die öffentliche Meinung mit richtigem Takte die Strömung erkannt hat, welche aller Wahrscheinlichkeit nach zu einem Bündnisse zwischen Frankreich und Rußland führen wird, daß sie sich aber darin getäuscht hat, daß sie den Abschluß dieses Bündnisses für unmittelbar bevorstehend oder gar schon vollendet hielt, gerade wie sie sich jetzt darin täuscht, wenn sie die gegenwärtige Spannung zwischen den beiden Mächten als einen dauernden Abbruch der zwischen ihnen bestehenden freundlichen Beziehungen auffaßt. Unzweifelhaft haben in den Pausen zwischen den allgemeinen Erschütterungen, mit welchen die orientalische Frage den Erdtheil bedroht, Frankreich und Rußland seit langer Zeit das gemeinsame Ziel verfolgt, die Existenz des ottomanischen Reiches zu untergraben. Natürlich hat dies gemeinsame negative Wirken in Zeiten, wo es für keine der beiden Mächte geboten war, sich der andern gegenüber scharf und bestimmt über die schließlich erstrebten positiven Ziele auszusprechen, eine große Annäherung, ein allgemeines Einvernehmen herbeigeführt. Je mehr man sich aber einer Krisis nähert, je dringender also an beide das Bedürfniß völligen Einverständnisses, zugleich aber an jede von ihnen die Nothwendigkeit, sich der eigenen Absichten klar bewußt zu werden, herantritt, desto bestimmter müssen auch die nothwendig vorhandenen Differenzen über die positiven Ziele sich geltend machen. Im Allgemeinen waren ja auch Alexander der Erste und Napoleon der Erste in ihren Ansichten über das der Türkei zu bereitende Schicksal einig. Sobald man den Versuch machte, sich im Einzelnen über die erhoffte Beute auseinanderzusetzen, traten so große Verschiedenheiten der Wünsche nicht bloß über Nebenfragen, sondern über die Hauptpunkte hervor, daß sofort jede Aussicht verschwand, die orientalische Frage zum Ausgangspunkt einer gemeinschaftlichen Politik zu machen. Und diese Differenzen sind auch heute noch nicht geschlichtet. Rußland will, sei es mittelbar, sei es unmittelbar, in Constantinopel herrschen. Frankreich will den Löwenantheil, auch wenn es selbst nicht darauf rechnet, ihn zu erwerben, doch wenigstens Rußland nicht zugestehen; sein Ideal ist die Zerstückelung der Türkei in eine Reihe von Staaten, die Frankreich ihre Existenz verdanken und der französischen Unterstützung zur Erhaltung derselben bedürfen. Für Frankreich fällt daher die orientalische Frage genau mit der Frage über die Beherrschung des mittelländischen Meeres zusammen.

Unter diesen Umständen bieten sich für Frankreich drei Wege dar, um eine seinen Interessen entsprechende Lösung der Frage zu erzielen: entweder es bemüht sich Rußland durch Bedrohung und Schwächung so geschmeidig zu machen, daß es sich in die von Frankreich gestellten Bedingungen fügt; oder es sucht, falls jene Politik in dem gegebenen Augenblick, dessen Eintreten Frankreich nicht unbedingt nach Belieben beschleunigen oder verzögern kann, nicht den gewünschten Erfolg haben sollte, sich an andern Punkten zu entschädigen, oder es vereinigt beide Methoden. In den letzten beiden Fällen würde das Entschädigungsobject nirgendwo anders als am linken Rheinufer zu suchen sein. Unter allen Umständen ist so viel gewiß, daß Frankreich Alles daran gelegen sein muß, Rußland vor dem Abschluß eines Bündnisses in eine untergeordnete und abhängige Stellung zu versetzen. Denn wenn Rußland mit ungeschwächter und gesammelter Kraft in das Bündniß träte, so würde es die Gunst der geographischen Lage, die ihm gestattet, seine volle Macht gegen die Türkei wirken zu lassen, natürlich dazu benutzen, den Verbündeten in die zweite Linie zu drängen und bei der Theilung der Türkei Frankreich gegenüber die Rolle zu spielen, die es bei der Theilung Polens Oestreich und besonders Preußen gegenüber gespielt hat.

Ganz unbegründet wäre demnach der Schluß, daß Frankreich, weil es Rußland gegenwärtig in der polnischen Angelegenheit schwere Verlegenheiten bereitet, den Plan eines Bündnisses mit demselben ganz aufgegeben habe. Die rasche Annäherung der beiden Mächte nach dem Krimkriege belehrt uns, daß Frankreich stets bereit ist, dem gedemüthigten Rußland die Hand zu reichen, und daß Rußland, welches ohne die Mitwirkung Frankreichs seine orientalischen Pläne schlechterdings nicht verwirklichen kann, sich von der Empfindlichkeit über die erlittene Demüthigung ganz gewiß nicht wird abhalten lassen, die dargebotene Hand zu ergreifen. Die Sentimentalität spielt in Rußlands energischer Interessenpolitik eine sehr untergeordnete Rolle, und auch sein feindseliges Verhältniß zu Oestreich ist viel weniger aus der Empfindlichkeit über erlittene Kränkungen hervorgegangen, als aus der klaren Erkenntniß, daß es von diesem Staate durch eine unausfüllbare Kluft getrennt ist. Nehmen wir selbst an, daß die Solidarität beider Mächte den politischen Ansprüchen gegenüber eine Annäherung zwischen ihnen herbeiführen sollte, so würde doch, sobald die polnischen Wirren, gleich viel auf welche Weise, geschlichtet sein werden, der natürliche Gegensatz zwischen ihnen wieder in voller Schärfe hervortreten.

Sobald dieser Moment eingetreten sein wird, wird auch die Furcht vor dem russisch-französischen Bündnisse wieder die europäische Politik in Athem halten. An Preußen aber wird dann dringender als je die Frage herantreten, welche Stellung es diesem Bunde gegenüber einzunehmen habe, und, wie wir glauben, werden die Sirenenstimmen, die es nach dieser Seite hinziehen, ver-

lockender noch klingen, als bisher. Daß Oestreich die gegenwärtige polnische Verwicklung nur als ein Mittel benutzt, um auf Preußens deutsche Politik zu drücken, stellt sich von Tage zu Tage deutlicher heraus. Es mag dahin gestellt bleiben, wie weit ihm dies gelingen wird; darauf aber ist aufs nachdrücklichste hinzuweisen, daß auch das kleinste Zugeständniß, welches Preußen in seiner Lebensfrage ihm macht, für die preussische Politik eine völlige Niederlage wäre, deren verderblichen Folgen zu entgehen man leicht versucht sein würde, in die entgegengesetzte Strömung einzulenken. Daß eine Alliance mit Rußland und Frankreich, wenn man für einen Augenblick sich auf einen ausschließlich preussischen Standpunkt stellen will, Preußen große Vortheile bieten würde, ist augenscheinlich. Rußland und Frankreich müssen Preußen einen hohen Preis bieten, da es, in der Mitte von beiden gelegen und sie räumlich verknüpfend, in einer orientalischen Krisis derjenigen Partei, der es sich anschloße, ein entschiedenes Uebergewicht über die Gegner geben würde. Ohne Zweifel würde ein derartiges Bündniß Preußen gestatten, sich nördlich von der Mainlinie in ausgedehntestem Maße zu arrondiren. Auf der einen Seite also das drückende Uebergewicht Oestreichs, auf der andern die Aussicht auf eine Machterweiterung, die bedeutend genug wäre, um den Staat der Nothwendigkeit zu überheben, in stetem Ringen mit dem lästigen Rivalen alle seine Kräfte in der äußersten Anspannung zu erhalten! Daß eine consequente und rücksichtslose Politik auf diesem Wege glänzende Erfolge, die schließlich vielleicht auch der Consolidirung Deutschlands zu Gute kommen möchten, erzielen könnte, läßt sich nicht verkennen. Dennoch wäre es entschieden zu mißbilligen, wenn Preußen freiwillig sich der russisch-französischen Alliance anschloße, und aufs tiefste zu bedauern, wenn die Verhältnisse ihm diesen Entschluß aufnöthigen sollten.

Zwar die Vorwürfe, die über Preußen infolge einer solchen Politik von Seiten des Particularismus und der österreichischen Partei ergehen würden, sind nicht höher anzuschlagen als die Verdächtigungen, denen es seit Jahren von derselben Seite ausgesetzt gewesen ist, als ob es bereits das gefürchtete Bündniß abgeschlossen hätte. Woher stammen denn alle jene Verdächtigungen? Doch nur aus dem bösen Gewissen der preußenfeindlichen Elemente. Man schlägt ein Verfahren ein, das, bis zu seinen äußersten Consequenzen getrieben, Preußen zwingen würde, sich der Politik Rußlands und Frankreichs anzuschließen, und sucht sodann die eigenen Machinationen damit zu rechtfertigen, daß man Preußen Pläne unterschiebt, die, wenn sie wirklich gefaßt werden sollten, nur die unvermeidlichen Folgen jener Machinationen sein würden. Die Vorwürfe, die von großdeutscher Seite kommen, kann Preußen daher über sich ergehen lassen, und je gleichmüthiger es dieselben, die es nur durch ein völliges Aufgeben seiner selbst beschwichtigen könnte, aufnimmt, desto besser! Wenn wir uns daher gegen die vielbesprochne Alliance erklären, deren bloßer Schatten

schon sich zur Seeschlange verkörpert hat, so geschieht es durchaus nicht, weil wir die verdammennden Urtheile, die in dem gegnerischen Lager laut werden könnten, scheuen, sondern weil in der That gewichtige Gründe Preußen auf andere Wege hinweisen. Zunächst ist hervorzuheben, daß, wenn Preußen in Verbindung mit Frankreich eine Erweiterung seines Einflusses in Deutschland erstreben wollte, es unvermeidlich zur Anwendung gewaltsamer Mittel gezwungen werden würde. Das Werk der Einigung würde sich in ein Werk der Eroberung verwandeln, die Idee des Bundesstaats würde dem Einheitsstaate weichen. Der Cavourismus ist aber für Deutschland deshalb nicht geeignet, weil in den im Ganzen befriedigenden inneren Verhältnissen der einzelnen Staaten keine Nothigung, selbst kein Motiv liegt, die einzelnen Dynastien zu beseitigen. Welche Forderungen die Zukunft stellen wird, das vermag heut Niemand zu ermessen. Für die Gegenwart aber würde jedes Streben über den Bundesstaat hinaus zum Einheitsstaate die nationale Idee verfälschen und verstümmeln und dabei sich ausschließlich auf den gewaltsamsten und rücksichtslosesten Theil der revolutionären Partei zu stützen haben.

Ferner aber hat Preußen zu berücksichtigen, daß ein Anschluß an das franco-russische System die Integrität des deutschen Gebietes mit sehr ernstlichen Gefahren bedrohen würde. Setzen wir den Fall, daß die Alliance aus einem orientalischen Kriege mit entscheidendem und unbedingtem Erfolge hervorginge, so würde selbstverständlich Frankreich Rußland bei der Vertheilung der Beute über die anfänglich verabredeten Bedingungen hinausgehende Concessionen zu machen geneigt sein, um sich für seine Großmuth im Osten am Rhein zu entschädigen. Für Preußen aber würde es schwer, unter Umständen unmöglich sein, dem Andrängen der beiden Bundesgenossen zu widerstehen. Die Gefahr würde nur noch gesteigert werden, wenn der Kampf nicht mit einem entscheidenden Siege der Coalition oder gar mit einer Niederlage derselben endete.

Indessen liegt die Gefahr einer Schmälerung deutschen Besitzes westlich vom Rhein doch nur im Gebiete der Möglichkeit. Eine geschickte Lenkung der preußischen Politik, von bedeutenden militärischen Leistungen unterstützt, würde immerhin in der Lage sein, den Anforderungen der Verbündeten sich nicht ohne Weiteres zu ergeben: überdies muß man bei jeder Alliance darauf gefaßt sein, nach dem Siege sich der Ansprüche unbescheidener Allirten zu erwehren. Dagegen fällt absolut entscheidend gegen den Anschluß an das franco-russische System die Rücksicht auf Preußens Stellung zu der Frage der nordischen Herzogthümer ins Gewicht. Daß Preußen auch in dieser Frage von Rußland und Frankreich in dem Augenblicke, wo diese Mächte seines Beistandes bedürfen, nicht bloß in Bezug auf Holstein, sondern auch, worauf es gerade ankommt, in Bezug auf Schleswig wahrscheinlich die ausgedehntesten Concessionen erhalten würde, soll

nicht in Abrede gestellt werden. Wohl aber darf es bezweifelt werden, daß derartige Concessionen, namentlich von Rußland, ohne den Vorbehalt, sie im geeigneten Augenblicke zurückzunehmen, gemacht werden würden. Für Rußland haben die londoner Festsetzungen nicht bloß eine dynastische Bedeutung. Denn es läßt sich nicht verkennen, daß jede Schwächung Dänemarks, jede Verminderung seines Territorialbestandes diesen Staat dem Scandinavismus in die Arme werfen würde, und ebenso wenig läßt sich verkennen, daß jede engere Vereinigung der skandinavischen Staaten, deren Leitung natürlich Schweden zufallen würde, nicht wie Dänemark gegenwärtig in Deutschland, sondern in Rußland seinen natürlichen Gegner sehen würde. Rußland hat ein Interesse daran, den Schwerpunkt der skandinavischen Macht nach Kopenhagen, Deutschland ihn nach Stockholm verlegt zu sehen*). Es ist also fast undenkbar, daß Rußland aufrichtig seine Zustimmung geben sollte zu einer Schwächung Dänemarks und einer dadurch angebahnten Machterweiterung Schwedens, durch die nicht allein seiner maritimen Entwicklung in der Ostsee die Lebensader unterbunden werden, sondern die auch die Integrität seines Länderbestandes unausgesetzt bedrohen würde. — Ferner würde, und dies ist ein sehr wesentlicher Umstand, ein Einschreiten für die Herzogthümer, wenn es infolge eines Bündnisses mit Frankreich und Rußland geschähe, ganz den nationalen Charakter einbüßen, dessen es bedarf, um zu einem glücklichen, die Nation erhebenden und einigenden Ziele zu führen. Die Sache der Herzogthümer ist das Banner, um das die Nation sich schaaren soll; wie das Reichsbanner muß sie rein gehalten werden von jedem Flecken, ja von jedem Schein eines Fleckens. Die Bedeutung dieser Frage ist für Deutschland und für Preußen zu groß, als daß sie ohne zwingende Nothwendigkeit den Chancen eines Bündnisses preisgegeben werden dürfte, welches unter allen Umständen von der ganzen Nation, nicht bloß von der Partei, die aus Princip jeden Schritt Preußens verdächtigt, mit Mißtrauen und Uebelwollen aufgenommen werden würde.

Da nun aber unter gewissen Umständen ein Anschluß Preußens an Rußland und Frankreich unvermeidlich sein würde, so ist es eine unerläßliche Aufgabe der preussischen Politik, mit der äußersten Umsicht und Voraussicht allen

*) Die wohlfeilen Sympathien des schwedischen Publicums für Dänemark in seinem Streit mit Deutschland beweisen nichts gegen die aufgestellte Ansicht. Die Idee des Scandinavismus ist noch in den Anfängen der Entwicklung begriffen und ringt danach, sich ihrer Ziele bewußt zu werden. Ehe ihr dies gelungen ist, kann von einer einheitlichen skandinavischen Politik nicht die Rede sein; ein jeder der nordischen Staaten wird sich für die Sache des andern begeistern, wenn auch nicht handeln. Mit dem gesteigerten Bewußtsein der Zusammengehörigkeit wird auch die Nothwendigkeit einer einheitlichen Politik sich geltend machen, für deren Richtung dann die Interessen des mächtigeren der einzelnen Staaten, also Schwedens, maßgebend sein werden.

Verwickelungen vorzubeugen, aus denen die angegebene Eventualität mit Nothwendigkeit hervorgehen würde, d. h. es hat Nichts mehr zu scheuen als eine Situation, in der es der Beschützung Oestreichs bedarf. Denn diese kann eben nur erkaufte werden durch Demüthigungen, deren Folgen nur durch den Anschluß an ein Oestreich unbedingt feindliches System überwunden werden könnten.

Hieraus folgt schon, daß gerade weil eine engere Verbindung Preußens mit Frankreich und Rußland nicht zu wünschen ist, wir auch einem unbedingten Anschluß desselben an Oestreich nicht das Wort reden können. Die Isolirung, die in Preußen schmerzlich empfunden, die von allen Parteien beklagt, und von jeder von ihnen der Politik der Gegenpartei zugeschoben wird, läßt sich eben nicht mit einem directen Schritte beseitigen, und zwar deshalb nicht, weil Preußen in Frankreich den begehrlichen Nachbar, in Oestreich einen anspruchsvollen Rivalen zu fürchten hat, weil es Thorheit wäre, wenn es seine von der einen Seite bedrohten Interessen dadurch sichern wollte, daß es nach der andern Seite hin ebenso wichtige Interessen aufopferte. Jeder entschiedene Schritt Preußens wird ihm, als einem aufstrebenden Staate, den zwar eine große Niederlage in die äußerste Gefahr stürzen, dem aber anderseits ein glänzender, mit Geschick benutzter Erfolg eine ganz unberechenbare Machterweiterung bieten würde, Feinde ringsum erwecken. Es ergibt sich daraus, daß Preußen in der allgemeinen Politik zwar eine ganz bestimmte Richtung verfolgen muß, daß es aber einem bestimmten System sich erst dann einordnen kann, wenn es das Werk der deutschen Einigung durch einen entscheidenden Erfolg sicher gestellt hat. Es kann Preußen nur erwünscht sein, wenn England und Oestreich sich Rußland und Frankreich gegenüber zu einer activen Politik in den Angelegenheiten des Orients einigen, es muß ihre Bestrebungen auch indirect unterstützen; ehe es aber ihrer Action sich anschließt, muß es im Verein mit Deutschland den entscheidenden Schlag gegen Dänemark geführt und im Kampfe für eine nationale Sache sich zugleich die politische und militärische Leitung der Nation erkämpft haben.

Ob, abgesehen von den äußeren und inneren Verwickelungen, die Preußens Kräfte im Augenblick gebunden halten, der gegenwärtige Moment für ein Einschreiten gegen Dänemark günstig ist, darüber kann man zweifelhaft sein*).

*) Die Frage, ob Preußen, unter der Voraussetzung eines völligen Systemwechsels, die polnischen Wirren zur Verfolgung seiner Zwecke benutzen könnte, wollen wir in einem andern Zusammenhange berühren. Hier gehen wir von der Annahme aus, daß die infolge des polnischen Aufstandes entstandenen diplomatischen Verwickelungen auch auf diplomatischem Wege ihre Erledigung finden werden, und daß bis zu dieser Erledigung keiner der betheiligten Staaten eine Diverſion nach einer andern Richtung hin unternehmen werde.

Die dänische Regierung hat den Zeitpunkt für ihre neuesten Schritte nicht nur in Bezug auf Preußen, sondern auch auf die allgemeine Lage der Dinge mit großem Geschick gewählt. Denn ein Vorgehen von Seiten Dänemarks wird durch eine Vereinigung Englands und Frankreichs zu gemeinsamer Action, ein Vorgehen Deutschlands durch eine divergirende Politik dieser beiden Staaten begünstigt. England und Frankreich vereinigt werden sich der Sache Dänemarks, die sich der Sympathien beider seemächtigen Nationen zu erfreuen hat, anzunehmen geneigt sein. Haben sie sich dagegen über eine beide noch näher berührende Frage verfeindet, so wird bei England natürlich das Interesse, dem Gegner zu schaden, stärker sein, als die Sympathien für Dänemark. Daher liegt es augenscheinlich in Preußens Interesse, die Frage der Herzogthümer mit der orientalischen Frage in unmittelbare Beziehung zu setzen, und einen Moment für die Lösung derselben zu wählen, wo England, um im Orient freie Hand zu haben, um die Freundschaft Deutschlands werben muß. Wenn unsere Ansicht richtig ist, daß die gegenwärtige Spannung zwischen Rußland und Frankreich zu einem um so innigeren Einverständniß führen wird, so würde der Zeitpunkt nicht fern sein, wo Preußen für die Sache Schleswigs in die Schranken wird treten können — vorausgesetzt natürlich, daß es bis dahin sich selbst wiedergefunden haben wird.

Aber auch selbst für den Fall, daß Napoleon nicht daran denken sollte, schon in der nächsten Zeit im Verein mit Rußland zu einer thätigen Politik im Orient überzugehen, würde ein kräftiges Eintreten für die Herzogthümer das einzige Mittel für Preußen sein, sich ohne eine Aufopferung seiner wichtigsten Interessen aus seiner isolirten Stellung zu befreien. Deutschland muß ihm auf diesen Bahnen folgen, und Oestreich kann ihm nicht widerstreben. Eine diplomatische Cooperation Frankreichs und Englands gegen die deutschen Ansprüche, die allerdings wahrscheinlicher Weise eintreten würde, brauchen wir aber nicht zu scheuen, da jeder Versuch Frankreichs, über die Grenze einer diplomatischen Intervention hinauszugehen, sofort in eine Bedrohung der Rheinprovinz und Belgiens umschlagen und daher selbstverständlich auf den entschiedensten Widerstand Englands stoßen würde. Das Bündniß Preußens mit England und Oestreich, viel empfohlen und vielfach gehofft, ist eine Seifenblase, wenn Preußen seine Thätigkeit von dem Zustandekommen desselben abhängig machen will; das Bündniß ist da, sowie Preußen, im Innern einig und gesammelt, auf den Bahnen einer kräftigen Reformpolitik sicher und besonnen vorwärtsschreitend, es wagt, mit kräftiger Hand die Aufgabe zu ergreifen, die ihm von seiner Geschichte vorgeschrieben ist.

Wir haben in diesen Aufsätzen, die sich mit den normalen d. h. den nach allen Erschütterungen und Ablenkungen in ihre alte Richtung zurückkehrenden Strömungen des europäischen Staatenverkehrs beschäftigen, die brennende Tagesfrage nur im Vorübergehen berührt. Wir sehen den polnischen Aufstand als einen Incidenzfall an, dessen bleibende Einwirkungen auf den Zustand Europas sich für jetzt einer sichern Berechnung entziehen, der möglicherweise das Staatensystem auf neuen Grundlagen reconstituiren wird, der aber auch, und von dieser Annahme als der wahrscheinlicheren sind wir in den vorstehenden Erörterungen ausgegangen, vorübergehen kann, ohne die Macht- und Territorialverhältnisse wesentlich umzugestalten. Unsere Annahme begründet sich nicht bloß auf die zwischen Rußland und Frankreich obwaltenden Beziehungen, sondern auch auf die eigenthümliche Lage Oesterreichs dem Aufstande gegenüber, die wir daher zum Gegenstand einer besondern Betrachtung zu machen beabsichtigen.

3.

Herr Lassalle und die Arbeiter.

3.

Die Folgen des lassalleschen Briefes sind im vorigen Abschnitt mitgetheilt. Die Majorität des leipziger Comité's nahm ihn wie ein Evangelium auf. Die Minorität trat aus, und einige hundert Leute wählten ein neues Comité, welches die lassalleschen Vorschriften buchstäblich befolgte, mit seiner Agitation für den großen deutschen Arbeiterverein aber fast überall nur Verwahrungen gegen die Auffassung der Arbeiterfrage von Seiten des berliner Propheten und die Annahmung der Leipziger hervorrief. Diese entschiedene Verwerfung der neuen Lehre fand selbst in Leipzig, dem Vororte der Bewegung, ihren sehr deutlichen Ausdruck. Die dortigen Arbeitervereine bis auf einen, aus welchem das Comité hervorgegangen war*), protestirten, in gleicher Weise erklärten sich einzelne Arbeiter, aus mehreren größern Fabriken und Werkstätten erfolgten ebenfalls Proteste, und als der Arbeiterapostel, von seinen Verehrern, die damit einen großen Wurf zu thun meinten, veranlaßt wurde, sich in einer Versamm-

*) Der Verein „Vorwärts“.